



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- angenommen
 geändert angenommen
 abgelehnt
 verwiesen an: _____

1.04

■ Innen-, Rechts- &
Sportpolitik

■ Antragsteller: KV Osnabrück-Stadt

1 **EuGH-Urteil nutzen, Sportwettenmonopol aufheben**

2 Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

3 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die FDP-Fraktion im Niedersächsischen
4 Landtag auf, sich gemeinsam mit der Union für eine Änderung des
5 Glücksspielstaatsvertrags einzusetzen. Nationale Sportwettenverbote sind im
6 Internetzeitalter wirkungslos. Die Landtagsfraktion möge sich daher für ein
7 lizenzbasiertes Anbietersystem für Sportwettenbetreiber einsetzen. Die Anbieter
8 müssen dafür Zuverlässigkeit, Bonität, Jugend- und Spielerschutz sowie den Einsatz
9 von Kontrollsystemen gegen Wettmanipulationen und Spielsucht nachweisen. Die
10 Anbieter verpflichten sich, den Sport und die Suchtprävention durch feste
11 Abgabequoten zu unterstützen. Das Werbeverbot für Wettanbieter muss fallen.
12 Menschen ändern ihr Verhalten durch Erkenntnis und den richtigen Umgang mit
13 Verlockungen - nicht durch deren Ausblenden.

14 Begründung:

15 Der Glücksspielstaatsvertrag ist nicht erst mit dem neuerlichen Urteil des
16 Europäischen Gerichtshofes gescheitert. Die Umsätze von Oddset und Lotto sind
17 eingebrochen, der Sportwettenmarkt wurde zu über 90% in den Grau- und
18 Schwarzmarkt gedrängt, beim Online-Poker sogar zu fast 100%. Das Suchtpotential ist
19 bei vom Glücksspielstaatsvertrag nicht berührten Bereichen deutlich höher (z.B.
20 Automatenspiele), dem Sport brechen die Einnahmen weg und dem Fiskus fehlen
21 Millionen.

22 Nationale Sportwettenverbote laufen ins Leere. Wer wetten möchte, der kann und wird
23 wetten. Über das Internet kann jeder bequem von zuhause aus Sportwetten platzieren
24 – auch wenn dies in Deutschland verboten ist. Rechtsgrenzen verschwimmen im
25 Zeitalter des World Wide Web. Der bisherige Glücksspielstaatsvertrag geht zu Lasten
26 der Sportvereine, der Suchtprävention, des Fiskus und der liberalen Selbstbestimmung.
27 Die Jungen Liberalen fordern die FDP-Fraktion im Landtag daher auf, sich der
28 wohlbegründeten Position Schleswig-Holsteins anzuschließen und der Verlängerung
29 des Glücksspielstaatsvertrages zum 31. Dezember 2011 die Zustimmung zu
30 verweigern. Tun dies mindestens vier Bundesländer, wäre der Glücksspielstaatsvertrag
31 auch politisch gescheitert.

32 Dann trotzdem notwendige Regelungen könnten in einem Folgegesetz
33 zusammengefasst werden, welches auch die Rahmenbedingungen für einen
34 lizenzierten Sportwettenanbietermarkt definiert. Auch in diesem Marktsegment
35 wollen wir Liberale uns auf die Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft
36 besinnen.

37 Deutschland soll keine Insel der Steuereinnahmenverweigerer in Europa bleiben.